

## Umfrage

### Anhänger von SPD und Union lehnen Fracking-Pläne ab

**Die Große Koalition will Fracking in Deutschland möglich machen - bald wird der Gesetzentwurf im Bundestag beschlossen. Doch viele Wähler von Union und SPD sind damit laut einer neuen Umfrage nicht einverstanden.**

Bulgarien hat ein Verbot, auch Frankreich lässt Fracking seit Jahren nicht zu. Anders in Deutschland. Hier will die Große Koalition die umstrittene Gasförderung Hydraulic Fracturing, genannt Fracking, möglich machen - unter "strengsten Regeln", wie Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zugesagt hat.

Doch der Bevölkerung reichen solche Versprechungen offenbar nicht: Fast zwei Drittel der Deutschen sind laut einer aktuellen Umfrage von infratest dimap für ein vollständiges Fracking-Verbot, 27 Prozent sind dagegen. Und nicht nur Anhänger der Oppositionsparteien Grüne und Linke sprechen sich gegen die Gasförderungsmethode aus. Unter den Unterstützern der SPD sind es 68 Prozent, unter denen der Union 58 Prozent.

Sehen Sie hier die Ergebnisse der Erhebung, die vom zwischen dem 27. und 29. April 2015 unter 1002 Befragten durchgeführt wurde, im Detail:

Die Umfrage wurde von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) in Auftrag gegeben. Das Politikportal wollte ermitteln, wie stark der Rückhalt in der gesamten Bevölkerung für ein absolutes Fracking-Verbot ist. In einer Online-Petition auf der Plattform [Change.org](http://Change.org), die eine Bürgerin aus dem bayerischen Weiden gestartet hatte, fordern dies mehr als 185.000 Menschen. Abgeordnetenwatch.de will nun die 631 Bundestagsabgeordneten zu einem absoluten Fracking-Verbot befragen und ihre Standpunkte veröffentlichen ([Lesen Sie hier mehr zum Petitions-Check von abgeordnetenwatch.de in Kooperation mit change.org](#)).

Kritiker befürchten, dass durch Fracking unter anderem das Trinkwasser verunreinigt werden könnte. Bei der Fördertechnik wird tief unter der Erde Gestein mit hohem hydraulischen Druck aufgebrochen, in der Hoffnung, dort eingelagertes Gas zu finden. Dabei wird in der Regel ein flüssiges Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst. Es entstehen Risse im Gestein, durch die das Gas entweichen und über Bohrrohre an die Oberfläche gelangen kann.

Anfang April hatte die Bundesregierung ein Fracking-Gesetz beschlossen. Der Entwurf macht die umstrittene Technologie grundsätzlich möglich. Zwar soll diese nur unter strengen Auflagen und zu Probezwecken durchgeführt werden - dennoch, das Komplettverbot für Deutschland ist vom Tisch ([Lesen Sie hier mehr zu den Auflagen](#)). Vorangegangen war ein monatelanger Streit zwischen SPD-Umweltministerin Hendricks und SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, in dem das Kanzleramt vermitteln musste. Hendricks wünschte sich schärfere Regeln, Gabriel drängte auf Erleichterungen für Unternehmen, die die Bedingungen für Fracking in Deutschland testen wollen.

Nun geht das Fracking-Konstrukt seinen Weg durch das parlamentarische Verfahren, der Gesetzentwurf wird in den Ausschüssen beraten und soll bald vom Bundestag beschlossen werden. In Union und SPD gibt es viele Gegner, Dutzende Abgeordnete drohen mit einer Ablehnung des Gesetzes. Sie fordern deutliche Verschärfungen der geplanten Vorschriften. Grundsätzliche Änderungen sind dennoch nicht zu erwarten, schließlich hat Schwarz-rot eine große Mehrheit im Parlament.

Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe lagern in Deutschland rund 13 Billionen Kubikmeter Schiefergas, von denen etwa zehn Prozent förderbar sind. Das würde rechnerisch etwa 14 Jahre den Erdgas-Bedarf in Deutschland decken.

---

#### Daten zur Umfrage

**Zeitraum:** 27. bis 29. April 2015

**Statistische Fehlertoleranz:** 1,4 bis 3,1 Prozentpunkte, je nach Anteilswert. Die FDP wird von infratest dimap momentan bei unter fünf Prozent gemessen. Dadurch war die Fallzahl zu gering, um die Parteianhänger der FDP in Bezug auf Fracking seriös auszuweisen.

**Stichprobe:** 1002 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte wurden telefonisch von infratest dimap befragt.

heb/amz

**URL:**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fracking-spd-und-unionsanhaenger-laut-umfrage-fuer-verbot-a-1034215.html>

**Mehr auf SPIEGEL ONLINE:**

Umstrittener Kabinettsbeschluss: Fracking kommt - Hendricks muss damit leben (01.04.2015)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fracking-bundesregierung-beschliesst-gesetzentwurf-a-1026606.html>

Münchhausen-Check: Wie streng ist das "strengste Fracking-Gesetz der Welt"? (15.12.2014)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/fracking-so-streng-ist-das-gesetz-von-barbara-hendricks-wirklich-a-1007213.html>

Gasförderung: Bundesregierung weicht Fracking-Verbot auf (15.11.2014)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fracking-regierung-will-probebohrungen-ermoeglichen-a-1003171.html>

Alternative zu Kohle: Billiges Erdgas aus Fracking verschärft den Klimawandel (16.10.2014)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/billiges-erdgas-aus-fracking-koennte-kohlendioxidausstoss-erhoehen-a-997493.html>

Umstrittene Erdgasförderung: Fracking-Gegner drängen Bundesregierung zu Kompletต์verbot (01.10.2014)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fracking-gegner-draengen-bundesregierung-zu-komplettvorbot-a-994863.html>

Umstrittene Erdgasförderung: Forscher wollen Fracking in Deutschland (11.03.2013)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/umstrittene-erdgas-foerderung-forscher-wollen-fracking-in-deutschland-a-887652.html>

**Mehr im Internet**

Abgeordnetenwatch.de

<http://www.abgeordnetenwatch.de>

Fracking-Petition auf change.org

<https://www.change.org/p/bundestag-fracking-gesetzlich-verbieten-ausfrackt-is>

Petitions-Check auf abgeordnetenwatch.de

<https://www.abgeordnetenwatch.de/petitionen>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

© SPIEGEL ONLINE 2015

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH